

Öffentliche Protokolle der Sitzungen des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens

Bisherige Sitzungen:

- 16.09.2020
- 26.02.2020
- 12.12.2019
- 14.01.2021 (anlassbezogene Sondersitzung)
- 21.04.2021
- 23.11.2021
- 25.04.2022
- 24.10.2022
- 27.03.2023

Neunte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 27. März 2023

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus
- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Israelitischer Tempelverband
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Senatskanzlei
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- Interreligiöses Forum
- Antidiskriminierungsberatungsstelle amira – Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/ Gedenkstätte Neuengamme
- Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein

TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

TOP 2: Bericht aus der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 20. März 2023

Der Vorsitzende berichtet, dass die Länder in der letzten Sitzung über verschiedene Initiativen informiert hätten. Zudem wurde die Initiative *Zusammen1* des Jüdischen Turn- und Sportverbands Makkabi Deutschland e.V. vorgestellt. Der Bundesbeauftragte für Jüdisches Leben warb dafür, in den Ländern eigene Maßnahmen unter Bezugnahme auf die Nationale Strategie für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus durchzuführen.

TOP 3: Bericht aus den Arbeitsgruppen

Die AG Frühkindliche Bildung berichtet, dass ein wissenschaftliches Institut gefunden wurde, welches die Sozialbehörde bei der Überarbeitung ihrer Bildungsempfehlungen für pädagogische Arbeit mit Kleinkindern unterstützt. Zudem wird vom konstruktiven Verlauf der AG Schule berichtet.

TOP 4: Sachstand Landesstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus

Die BWFGB beabsichtigt einen Workshop mit den Mitgliedern des Runden Tisches durchzuführen, um in einen vertieften Austausch zur Landesstrategie zu treten. Hierbei sollen Betroffenen-Perspektive, Strukturbildung und digitale Ansätze in der Bekämpfung von Antisemitismus erörtert werden.

TOP 5: Schwerpunkt: Hass im Netz

Gastvortrag „Strategien der Antisemitismusbekämpfung im Netz“ von Herrn Benjamin Fischer, Alfred Landecker Foundation

Herr Fischer ist Programmdirektor für Digitale Resilienz und für die Entwicklung und Umsetzung digitaler Initiativen, die sich an jüngere Generationen richten, zuständig. Herr Fischer berichtet von der Stiftungsarbeit in den Bereichen Demokratieförderung, Minderheitenschutz, Kampf gegen Antisemitismus, Debatten-Entpolarisierung und Vergangenheitsbewältigung. Er stellt drei Projekte der Stiftung vor:

Beim Forschungsprojekt „Decoding Antisemitismus“ wird mit Hilfe künstlicher Intelligenz im Internet nach „Hassrede“ gesucht. Es wird an einer Open-Source-Lösung gearbeitet, die auf Webseiten und auf Profilen in Sozialen Medien angewandt werden kann.

Das Projekt „Hate Aid“ dient der Beratung und Unterstützung von Opfern von Online-Hassrede und Hasskommentaren. Durch das Projekt werden gerichtliche Prozesse finanziell ermöglicht, die sich durch mehrere Instanzen bewegen und damit wichtige Grundsatzentscheidungen forcieren.

Das Projekt CeMAS soll durch Monitoring digitaler Plattformen ein Frühwarnsystem gegen digitale Verschwörungsideologien, Desinformation und Rechtsextremismus entwickeln. Beispielsweise wird das Netzwerk Telegram mit einem Tool in Echtzeit beobachtet. Aus den digital erhobenen Daten sollen Rückschlüsse für das analoge Leben gezogen werden können. Die Datensätze werden analysiert, woraus Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können.

Vorstellung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA-HSH)

Schwerpunkt der Tätigkeit der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein ist die Aufsichtstätigkeit über Telemedien basierend auf dem Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien. Schnelles Löschen von unzulässigen und entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten im Netz und die Ahndung von Zuwiderhandlungen seien primäres Ziel. Die MA-HSH vernetzt und berät zudem die Länder hinsichtlich gesetzlicher Novellierungsansätze. Zuletzt erörtert die Vortragende die (rechtliche) Möglichkeit zur Löschung von gemeldeten Beiträgen mit strafbaren Inhalten durch die MA-HSH.

Vorstellung der Arbeit von OHNe Hass

Nur ein minimaler Anteil der strafbaren Inhalte werden im Netz zur Anzeige gebracht. Über den Online-Dienst „OHNe Hass“ kann Hasskriminalität im Internet zur Anzeige gebracht und online ohne Registrierung oder Anmeldung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet werden. Screenshots der Hasspostings können direkt hochgeladen werden. Auch die Möglichkeit eines Strafantrags mit Schriftformerfordernis ist über das Programm möglich. Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz beabsichtigt, ihr Handeln im Bereich der Hasskriminalität im Internet mit den anderen Bundesländern zu synchronisieren, was durch einen entsprechenden Beschluss bei der Justizministerkonferenz beschlossen wurde.

TOP 6: Verschiedenes

Es wird über den Amoklauf im Haus der Zeugen Jehovas und vom Weltbild des Täters, welches dieser zuvor in seinem veröffentlichten Buch dargelegt hatte, berichtet. Zudem wird berichtet, dass der Senat voraussichtlich zeitnah die Beschlüsse für den Beitritt Hamburgs zum Härtefallfonds fassen wird.

Achte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 24. Oktober 2022

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus
- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Senatskanzlei
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/ Gedenkstätte Neuengamme

TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

TOP 2: Bericht aus der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 23. Juni 2022

Der Vorsitzende berichtet, die Bund-Länder-Kommission habe in ihrer Sitzung am 23. Juni 2022 über die Entwicklung der Bundesstrategie gegen Antisemitismus berichtet, sowie über die Vorfälle bei der documenta-Kunstaussstellung in Kassel beraten. Ebenfalls wurden Möglichkeiten der Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten von Antisemitismusbeauftragten thematisiert. Außerdem berichtete der Vorsitzende von seinen Tätigkeiten, unter anderem dem laufenden Austausch mit Vertreter:innen aus Senat, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Repräsentant:innen der Antisemitismusprävention auch auf internationaler Ebene, der Durchführung der Veranstaltung „Wir müssen reden“ und der Durchführung einer Bildungsreise nach Israel.

TOP 3: Bericht aus der Arbeitsgruppe Bildung

Die Arbeitsgruppe Bildung berichtet, dass sich die Überarbeitung der Hamburger Bildungsempfehlungen für den frühkindlichen Bereich noch im Prozess befinde. Eine Arbeitsgruppe unter Teilhabe wissenschaftlicher Expertise solle die Arbeit unterstützen. Man wolle die Eltern-Kind-Zentren sowie Familienförderereinrichtungen einbinden und die offene Jugendarbeit adressieren.

TOP 4: Sachstand Landesstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke berichtet über den aktuellen Stand der Landesstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus.

TOP 5: Gastvortrag von Prof. Dr. Julia Bernstein: Antisemitismus in der Schule, „Neue Forschungserkenntnisse über Antisemitismus im schulischen Bereich“

Frau Dr. Bernstein berichtet von Beispielen antisemitischer Übergriffe in Schulen sowie im Alltag in Deutschland und stellt zentrale Ergebnisse ihrer Studie vor. Die Bandbreite antisemitischer Vorfälle umfasse alle existierenden Ausdrucksformen des Antisemitismus, die sich in verbalen Äußerungen, Beleidigungen, Bloßstellungen, institutioneller Diskriminierung und physischen Angriffen manifestieren. Antisemitismus werde als ständige Belastung durch Schüler:innen erlebt. Sie weist auf Wissenslücken der Lehrkräfte hin. Zudem erörtert sie, dass es an quantitativen Studien zum Thema fehle, da geringe Kooperationsbereitschaft der Schulen bestehe. Es wird die Notwendigkeit des politischen Willens, Maßnahmen durchzusetzen, betont. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Kultusministerkonferenz eine thematisch einschlägige Arbeitsgruppe bestehe. Vor dem Hintergrund der diskutierten Problematik und auf Anregung des Vorsitzenden beschließt das Plenum einstimmig die Gründung einer Arbeitsgruppe Schule, die sich mit der Umsetzung der Gemeinsamen Bildungsempfehlung befassen soll. Zudem soll die AG Bildung in AG Frühkindliche Bildung umbenannt werden.

TOP 6: Verschiedenes

Es wird über zwei laufende Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Aktivitäten in Hamburg berichtet.

Siebte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 25. April 2022

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus
- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Behörde für Kultur und Medien
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Senatskanzlei
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- Landeszentrale für politische Bildung
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus

TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

TOP 2: Bericht aus der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 17. Februar 2022

Der Vorsitzende berichtet, die Bund-Länder-Kommission habe sich in ihrer Sitzung am 17. Februar 2022 mit der Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Kultusministerkonferenz und der BLK zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule befasst. Dabei habe man Ergänzungen debattiert. Außerdem sei die strafrechtliche Bewertung gelber „Judensterne“ bei Protesten gegen Corona-Maßnahmen sowie das Thema Antisemitismusbeauftragte bei den Staatsanwaltschaften besprochen worden.

TOP 3: Bericht aus der Arbeitsgruppe Bildung

Die Sozialbehörde berichtet zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Erarbeitung von Konzepten zur Antisemitismusprävention im Bereich frühkindlicher Bildung. Hamburger Bildungsempfehlungen zur vorurteilsfreien Erziehung und Bildung sollen überarbeitet und um das Problemfeld Antisemitismus ergänzt werden.

TOP 4: Vortrag: Lebenswirklichkeiten von Jüdinnen und Juden in Deutschland (Dr. Karen Körber, Institut für die Geschichte der deutschen Juden)

Frau Dr. Körber erläutert zentrale Entwicklungen, Perspektiven und Veränderungen jüdischen Lebens in Deutschland und stellt die Bedeutung der Einwanderung der

russischsprachigen Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion oder den postsowjetischen Staaten seit 1990 heraus. Dabei steht besonders die soziale Dimension der Einwanderung im Vordergrund. Die Migrationserfahrung der Eingewanderten wirke sich negativ auf deren soziale Lage aus, insbesondere da Erwerbsbiografien und Bildungstitel in Deutschland nicht anerkannt worden seien, was häufig zu Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsverhältnissen unterhalb der vorhandenen Qualifikationen führe. Hinzu komme, dass mangels einer entsprechenden Regelung die in der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten erbrachte Erwerbsleistung in Deutschland nicht in Rentenansprüchen resultierte. Dadurch sei die absolute Mehrzahl der sog. jüdischen Kontingentflüchtlinge heute auf Grundsicherung angewiesen.

TOP 5: Monitoringbericht des Projekts empower: Auswertung der dokumentierten antisemitischen Vorfälle aus dem Jahr 2021 (empower – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt)

Empower stellt die Monitoringergebnisse der über das Hinweisportal memo und weitere Kanäle erfassten antisemitischen Vorfälle für das Jahr 2021 in Hamburg vor und erläutert die Hintergründe und Methodik der Datenerhebung. 2021 seien insgesamt 715 Gewaltvorfälle erfasst worden, von denen 196 als antisemitisch einzustufen seien. Bei der Einstufung der verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus orientiere man sich an den Kategorien des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS).

TOP 6: Verschiedenes

Die Behörde für Kultur und Medien macht auf die Neuauflage des jüdischen Stadtplans aufmerksam, der 29 Orte jüdischer Kultur in Hamburg verzeichnet. Der Stadtplan ist sowohl in gedruckter Variante als auch online verfügbar.

Sechste Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 23. November 2021

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus
- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Interreligiöses Forum

TOP 1-2: Begrüßung, Vorstellung der Geschäftsstelle des Beauftragten für Jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus sowie des Referats „Förderung des jüdischen Lebens“

Der Vorsitzende begrüßt zum ersten Mal den Runden Tisch in seiner neuen Rolle. Anschließend werden die Mitarbeiter und die Aufgaben des in der BWFGB angesiedelten Referats zur Förderung des Jüdischen Lebens vorgestellt. Zentrale Aufgaben des Referats sind die Erarbeitung der Senatsstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens sowie die Gesamtkoordination ihrer Umsetzung. Außerdem wird die Geschäftsstelle, die den Beauftragten im Tagesgeschäft unterstützt, vorgestellt.

TOP 3: Bericht aus der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (BLK) am 16. Juni 2021

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke berichtet, die Bund-Länder-Kommission habe sich in ihrer Sitzung am 16. Juni 2021 mit dem Thema einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus befasst, die sich in die Strategie der Europäischen Kommission einfüge. Außerdem sei die Meldepflicht von antisemitischen Vorfällen an Schulen erörtert worden.

TOP 4: Vortrag zum Thema „Antisemitismus aus Sicht des Verfassungsschutzes“

Die Behörde für Inneres und Sport erläutert die Sicht des Verfassungsschutzes auf den Themenkomplex Antisemitismus.

TOP 5: Arbeitsgruppen des Runden Tisches

AG Bildung: Die Sozialbehörde berichtet, dass sie die Bildungsempfehlungen für die Kindertagesbetreuung überarbeite.

AG Gesellschaft: Die AG Gesellschaft legt dem Runden Tisch einen Beschlussvorschlag für eine Antisemitismusdefinition vor, die in Hamburger Institutionen angewendet werden kann. Die AG hat sich in einer vorangegangenen Abstimmung auf die IHRA-Arbeitsdefinition in ihrer erweiterten Fassung festgelegt

AG Begegnung und AG Festjahr 2021: Die Sozialbehörde berichtet, dass insgesamt 27 Projekte über die Förderstruktur des Vereins 321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V. aus Bundesmitteln und 10 kleinere Projekte über eine Förderrichtlinie der Sozialbehörde im Rahmen des Landesprogramms Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus stattfinden konnten. Für Hamburg gilt das Festjahr mit Ablauf des Jahres 2021 als offiziell beendet. Damit stellt die interbehördliche AG Festjahr ihre Arbeit ein.

TOP 6: Hamburger Definition für Antisemitismus

Der Beschlussvorschlag der AG Gesellschaft wird zur Diskussion gestellt. Der Runde Tisch stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 7: Regeln der Zusammenarbeit

Die BWFGB stellt ihre Änderungsvorschläge für die Regeln der Zusammenarbeit vor. Aufgrund ihrer neuen Zuständigkeit für die ministerielle Gesamtkoordination der Themenbereiche jüdisches Leben und Bekämpfung von Antisemitismus wird die BWFGB zukünftig über drei Sitze verfügen. Im Gegenzug wird die Sozialbehörde mit zwei Sitzen vertreten sein. Der Vorsitz wird befugt zu Plenar- und AG-Sitzungen externe Expert:innen einzuladen.

TOP 8: Verschiedenes

Der Tag der deutschen Einheit wird 2023 in Hamburg ausgerichtet und die FHH plant vielfältige Aktionen. Die Anwesenden werden aufgefordert, sich mit Ideen und/oder Interesse an einer Beteiligung an die BWFGB zu wenden.

Fünfte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 21. April 2021

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Kultur und Medien
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Gesundheit Soziales, Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Interreligiöses Forum
- Gast: der designierte Antisemitismusbeauftragte Stefan Hensel

TOP 1-3: Begrüßung, Bestellung des Antisemitismusbeauftragten

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke begrüßt den Runden Tisch und als Gast Herrn Hensel. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass der Senat am 13. April 2021 Herrn Hensel als Antisemitismusbeauftragten bestellt hat. Am 1. Juli 2021 soll Herr Hensel sein Amt antreten. Herr Hensel äußert ebenfalls seine Freude über seine Bestellung.

TOP 4: Festjahr 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Die Sozialbehörde erläutert den Stand zum Festjahr 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland.

TOP 5: Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 16. November 2020 / Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke berichtet, die Bund-Länder-Kommission habe sich in ihrer Sitzung am 16. November 2020 mit dem Thema „Empfehlungen für den Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ befasst. Zeitgleich haben Arbeitsgruppen der KMK gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland das Thema behandelt. Diese Aktivitäten seien in den Entwurf eines gemeinsamen Papiers gemündet, das den Titel „Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ trägt.

Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) erklärt, das LI begrüße den Entwurf sehr. Besonders erfreulich sei, dass das Papier einen umfassenden Ansatz verfolge. So seien Maßnahmen der Prävention und Intervention vorgesehen, und es würden mehrere Zielgruppen adressiert, nämlich neben den Schülerinnen und Schülern auch das pädagogische Personal aller Schularten, Schulleitungen, Bildungsverwaltung und Bildungspolitik. Die Schulbehörde arbeite an einer Umsetzung des Konzeptes.

TOP 6: Vorstellung von memo (Digitale Hinweisstelle für antisemitische, rassistische und rechte Vorfälle) der Beratungsstelle empower (Träger: Arbeit und Leben e.V.)

Das Projekt empower stellt die seit dem 29. März 2021 freigeschaltete Hinweisstelle memo vor. Memo ist eine „digitale Hinweisstelle für antisemitische, rassistische und rechte Vorfälle“ ([MeMo | Über uns \(memo-hinweisstelle.de\)](https://www.memo-hinweisstelle.de)), auf der mehrsprachig, niedrigschwellig und auf Wunsch anonym Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze dokumentiert werden können.

Die Einrichtung der Hinweisstelle wurde durch die Fortschreibung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus ermöglicht, finanziert wird memo durch die Sozialbehörde. Memo unterscheidet sich von anderen Hinweisstellen zu antisemitischen Vorfällen in erster Linie dadurch, dass verschiedene Formen von menschenfeindlicher Gewalt dokumentiert werden (intersektionaler Ansatz) und dass es ein direkt angeschlossenes Beratungsangebot gibt.

TOP 7: Arbeitsgruppen des Runden Tisches

AG Bildung: Da für den Bereich Schule nunmehr umfassende Empfehlungen vorliegen, widmet sich die AG Bildung ausschließlich der Bildung von Kindern von null bis fünf Jahren. Sie bündelt ihre Aktivitäten mit dem durch die Sozialbehörde gesteuerten Prozess der Überarbeitung der Hamburger Bildungsempfehlungen für Kitas und Kindertagesbetreuungen.

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
Öffentliche Protokolle der Sitzungen des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz
jüdischen Lebens

AG Gesellschaft: Die AG Gesellschaft hat den Auftrag, eine Empfehlung des Runden Tisches für eine Antisemitismusdefinition, die in Hamburger Institutionen angewendet werden kann, zu erarbeiten. Die AG befasst sich derzeit mit vorhandenen Definitionen.

AG Begegnung und AG Festjahr 2021: Die beiden AGs werden derzeit abgedeckt durch die Aktivitäten zum Festjahr, siehe TOP 4.

Vierte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 14. Januar 2021

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Gesundheit Soziales, Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Einziges TOP: Vorstellung des Kandidaten für das Amt der/des Antisemitismusbeauftragten und Austausch

Die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke begrüßt den Runden Tisch und berichtet, wie sich die Suche nach einem Kandidaten für das Amt der/des Antisemitismusbeauftragten seit dem vergangenen Runden Tisch am 16. September 2020 entwickelt hat. Sie stellt Herrn Stefan Hensel als Kandidaten für das Amt des/der Antisemitismusbeauftragten vor.

Die Jüdische Gemeinde Hamburg KdöR und die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V. erläutern, aus welchen Gründen sie Herrn Hensel als Kandidaten nominiert haben.

Herr Hensel bedankt sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen und führt aus, welche Schwerpunkte er als Antisemitismusbeauftragter setzen möchte.

Die Mitglieder des Runden Tisches begrüßen die Nominierung von Herrn Hensel und äußern ihre Vorfreude auf eine gute Zusammenarbeit.

Dritte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 16. September 2020

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Kultur und Medien
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Gesundheit Soziales, Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- Interreligiöses Forum

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Neue Mitglieder und Akteure am Runden Tisch

- Neue Teilnehmende und Akteure stellen sich vor

TOP 3 Übergang der Gesamtkoordination an die BWFGB / Beschlussfassung

- Vorstellung der Hintergründe der Übergabe der Gesamtkoordination an die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB)
- Beantwortung von Nachfragen
- Einstimmige Beschlussfassung zur Änderung der Regeln der Zusammenarbeit
 - Aufnahme des Interreligiösen Forums und der BWFGB als neue Mitglieder
 - Vorsitz geht an BWFGB über
- Symbolische Übergabe der Koordination von der Sozialbehörde an die BWFGB

TOP 4 Ernennung der/des Antisemitismusbeauftragten / Sachstand

- Bericht zum Sachstand des Verfahrens
- Abstimmung über weiteres Verfahren

TOP 5 Implementierung der Arbeitsgruppen des Runden Tisches/ Sachstand

- Bericht über Arbeitsstand der in der zweiten Sitzung des Runden Tisches beschlossenen Arbeitsgruppen
- Die AG „Begegnungsarbeit“ wird aufgrund von Überschneidungen mit der AG „Festjahr“ zunächst zurückgestellt.

TOP 6: Vorbereitung des Festjahres 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

- Bericht zum Hintergrund und zum Sachstand der Planungen des Festjahres 2021 in Hamburg

TOP 7: Verschiedenes

- Vorstellung des geplanten Hinweisportals zum Monitoring und Support bei antisemitischen, rassistischen und rechten Vorfällen
- Bericht aus zwei Sitzungen der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens

Zweite Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 26. Februar 2020

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e.V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- empower Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Kultur und Medien
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Justizbehörde
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte/KZ-Gedenkstätte Neuengamme

TOP 1 Begrüßung

TOP 2: Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

- Beschluss: Zustimmung zum Protokoll
- Beschluss: Anonymisierte Kurzprotokolle der Sitzung werden Website *hamburg.de* veröffentlicht.

TOP 3 Regeln der Zusammenarbeit

- Diskussion der Regeln der Zusammenarbeit
- Beschluss: Verständigung über die Regeln der Zusammenarbeit im Umlaufverfahren

TOP 4 Themenfindung der Arbeitsgruppen

Der Runde Tisch beschließt folgende Arbeitsgruppen einzusetzen:

1. AG Bildung
2. AG Gesellschaft

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
Öffentliche Protokolle der Sitzungen des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz
jüdischen Lebens

3. AG Begegnung

4. AG Festjahr 2021 in Hamburg

**TOP 5 Einrichtung des Amtes einer/eines Beauftragten für jüdisches Leben und die
Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus**

Die Mitglieder des Runden Tisches stimmen sich über das weitere Verfahren ab.

**TOP 6 Vorstellung des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
e.V.“**

Ein Vertreter des Vereins stellt die Planungen zum Festjahr 2021 vor. Informationen zur
Förderungen von Projekten sind auf der Website <https://www.1700jahre.de/mitmachen/>
abrufbar.

Auftaktsitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 12. Dezember 2019

– öffentliches Protokoll –

Teilnehmende:

- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg e. V.
- Joseph-Carlebach-Bildungshaus
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- empower Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Kultur und Medien, Behörde für Schule und Berufsbildung
- Justizbehörde
- Senatskanzlei
- Behörde für Arbeit, Soziales
- Familie und Integration
- Landeszentrale für politische Bildung
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Konzept des Runden Tisches und der Regeln der Zusammenarbeit

- Vorstellung und Diskussion des Konzeptes des Runden Tisches
- Beschluss über die Aufnahme weiterer ständiger Mitglieder: ‚amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion‘; ‚Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus‘. Das Interreligiöse Forum soll ebenfalls ständiges Mitglied werden und wird angefragt.

TOP 3 Einrichtung des Amtes einer/eines Beauftragten für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus (Antisemitismusbeauftragte/r)

- Vorstellung und Diskussion des Konzeptes

TOP 4 Verschiedenes

- Bericht aus der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens